

Terror, Geheimdienste und Geopolitik: Wie die Achse Washington – Algier Ressourcensicherung betreibt

Werner Ruf¹

Die Feststellung, dass *Peak Oil* unmittelbar bevorsteht oder sogar schon überschritten ist, ist inzwischen eine Banalität (Altvater 2006, Schmitt 2006, Zumach 2005). Die Rivalität um diesen zentralen Rohstoff wird verschärft durch die rasante Entwicklung Chinas und Indiens und deren Aufstieg zu industriellen Großmächten. Der von der US-Administration erklärte „Krieg gegen den Terror“ verfolgt in Wirklichkeit harte Ziele im Bereich der Energiesicherung: Die Kriege in Afghanistan und Irak und der mögliche Krieg gegen den Iran schließen die Landbrücke zum kaspischen Becken. Und sowohl die EU (European Union Institute for Security Studies 2003) wie auch die Bundesrepublik Deutschland (Bundesministerium der Verteidigung 2006: 9) haben in dieser Welt der neuen Rivalitäten ihre Ansprüche auf militärische Sicherung der Rohstoffzufuhr angemeldet.

So gut wie unbemerkt finden jenseits der blutigen Ereignisse in Irak und Afghanistan strategische Sicherungsmaßnahmen der Kohlenwasserstoffvorräte auch in Afrika statt, dessen Sahel-Region von den USA als Teil des „Greater Middle East“ angesehen wird, wie der US-Botschafter in Algier kürzlich in einem Interview erklärte (Liberté, 14. September 2006). Die USA haben im Jahre 2003 die *Pan Sahel Initiative* ins Leben gerufen, die unter Bezugnahme auf den „Krieg gegen den Terror“ ein umfassendes militärisches Unterstützungsprogramm und den Ausbau militärischer US-Präsenz von Somalia und Äthiopien über den gesamten nordafrikanischen und Sahelraum bis zum Golf von Guinea zum Ziel hat.² Hierzu bedarf es der Unterstützung durch „freundliche“ Regierungen. Algerien scheint sich zur Drehscheibe dieser Strategie für den nordafrikanischen und den Sahel-Raum zu entwickeln.

Die Demokratische Volksrepublik Algerien, so bis heute die offizielle Bezeichnung des Staates, galt zumindest bis zur Wandlung des Internationalen Systems in den Jahren 1990/91 als sozialistischer Staat, der enge Beziehungen zur Sowjetunion unterhielt und deshalb vom Westen eher distanziert behandelt wurde. Diese schematische Einordnung war Folge der politischen Unterstützung, die der

1 Alle Übersetzungen aus dem Französischen und Englischen von Werner Ruf.

2 Vgl. dazu die Verlautbarungen des *US State Department* unter <http://www.state.gov/documents/organization/31936.pdf>; auch: <http://www.state.gov/t/pm/rls/rpt/fimtrpt/2006/74682.htm> 27. Dezember 2006.

algerische Befreiungskampf durch die Staaten des „realsozialistischen“ Lagers erfahren hatte und der außenpolitischen Orientierung in den ersten Jahren der Unabhängigkeit: So erkannte Algerien beispielsweise 1963 die DDR an, was gemäß der Hallstein-Doktrin den Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens der BRD zur Folge hatte. Die Außenbeziehungen Algeriens zu Frankreich sind bis heute durch die koloniale Vergangenheit des vormals französischen Territoriums belastet. Für Frankreich selbst bleibt Algerien ein mit Emotionen und Nostalgien behafteter Begriff.³ Die Führung in Algier, so die hier verfolgte These, setzte bereits seit Mitte der 80er Jahre pragmatisch auf die Entwicklung einer transatlantischen Achse mit Washington. Aufbauend auf Algeriens Kohlenwasserstoffexport und dem Ausbau der Petro-Industrie verspricht sie dem Regime in Algier vor allem seit dem Putsch von 1992, unmittelbar nach Ende des Ost-West-Konflikts, mehr und verlässlichere Rückendeckung als die mit Ambivalenzen behafteten Beziehungen mit Frankreich und Europa.

Der algerische Terrorismus

Der Militärputsch vom 11. Januar 1992, mit dem die ersten demokratischen Parlamentswahlen in Algerien ein jähes Ende fanden, stellte Frankreich und Europa vor ein Problem: Einerseits wurde der Putsch mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis genommen, wurden doch Domino-Effekte für das Anwachsen islamistischer Bewegungen im Maghreb und darüber hinaus befürchtet. Andererseits konnten die europäischen Regierungen, die gerade in ihrer Mittelmeerpolitik immer wieder auf die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verwiesen, diesen Staatsstreich nicht einfach akzeptieren (Mellah 2003b: 35). Es war Frankreich, das nach wenigen Monaten seine Beziehungen zu dem Militärregime normalisierte, dringend benötigte Kredite vergab und über den damaligen Präsidenten des IWF, Michel Camdessus, im Interesse Algeriens Einfluss auf die Umschuldungsverhandlungen nahm (Ruf 1997: 99).

Der von den Putschisten proklamierte „Kampf gegen den Terrorismus“ bediente nicht nur alte arabophobe und islamophobe Klischees (Ruf 1998a), das Militärregime verstand es auch, den durch den Putsch verursachten Bürgerkrieg als eine Art Vorfeld-Verteidigung des Westens durch die sich als Retter säkularer Staatlichkeit präsentierenden Militärs darzustellen. Und in der Tat schien es, als ob die „Verrückten Gottes“, wie die rechte französische Presse zu schreiben pflegt, ihren Krieg nach Frankreich selbst tragen wollten: 1995 und 1996 kam es in Frankreich zu Bombenanschlägen, deren Spuren auf die berüchtigten *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (*Groupes Islamiques Armées*, GIA) verwiesen. Inzwischen haben sich allerdings die Hinweise mehr als verdichtet, dass viele dieser Gruppen

³ So beschloss die französische Nationalversammlung am 23. Februar 2005 ein Gesetz, demzufolge im Schulunterricht insbesondere „die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, insbesondere in Nordafrika“ hervorgehoben werden sollte (Romain 2006: 17).

vom algerischen militärischen Sicherheitsdienst teils unterwandert waren, teils gesteuert wurden (vgl. u.a. Aggoun & Rivoire 2004, Mellah 2003a, Souaidia 2001, Yous 2000). Sie terrorisierten die Zivilbevölkerung, kämpften aber vor allem gegen den bewaffneten Arm der *Islamischen Heilfront*. Auch die Anschläge des Jahres 1995 auf die Pariser Metro und die Ermordung der sieben Trappistenmönche des Klosters Tibérihine wurden durch Gruppen der GIA begangen, die eng mit dem algerischen Sicherheitsdienst zusammenarbeiteten, wie der ehemalige algerische Geheimdienstler Abdelkader Tigha (Libération, 23. Dezember 2002) und vor allem der desertierte algerische Geheimdienst-Oberst Mohamed Samraoui, der inzwischen in Deutschland Asyl genießt, detailliert darlegen. Ziel der Anschläge war es, die Unterstützung für das algerische Regime durch die französische aber auch die westlichen Regierungen zu verstärken (Samraoui 2003). Wie gut es gelang, den grauenhaften Terror in Algerien allein fanatischen Islamisten anzulasten, bestätigt die herrschende Berichterstattung über den Konflikt noch immer, zumal es gelungen ist, das Feindbild Islam zu einer neuen innen- wie außenpolitischen Bedrohung zu stilisieren (Ruf 2006a, Noelle & Petersen 2006, Hafez & Richter 2007).

Die hauptsächlich in Europa mit großer Aufmerksamkeit beachteten fürchterlichen Höhepunkte des Terrors in der zweiten Hälfte der 90er Jahre müssen in den Kontext des Putsches vom 11. Januar 1992 und die seither dramatisch wachsende Verelendung der Bevölkerung eingeordnet werden. Unmittelbar nach dem Putsch wurden Anhänger und Mandatsträger (Bürgermeister, Kommunalvertreter, Sympathisanten) der *Islamischen Heilfront* (FIS) massenhaft verhaftet; etwa 20.000 bis 25.000 wurden in Konzentrationslagern ähnliche Einrichtungen in der Wüste verbracht und gefoltert (Mellah 2003b: 33, Hasel 2002: 112-122). Unbestreitbar ist, dass die *Islamische Heilfront* und ihr im Untergrund entstehender bewaffneter Arm, die *Armee des Islamischen Heils* (AIS), nach ihrem Verbot am 04. März 1992 und der Verfolgung durch die Militärs zu Anschlägen übergingen. Diese richteten sich vorwiegend gegen Einrichtungen des Staates, wie Polizeistationen und Kasernen, wo sie vor allem das Ziel hatten, Waffen für die Bewegung zu beschaffen. Erste Zweifel an der scheinbaren Eindeutigkeit der Urheberchaft der Anschläge kamen nach der Ermordung von Mohamed Boudiaf auf, des Präsidenten des von den Militärs eingerichteten *Hohen Staatskomitees*.⁴ Genau 170 Tage nach Übernahme dieses Amtes wurde er von einem eigens für diesen Tag zu seinem Personenschutz abgestellten Beamten des militärischen

⁴ Boudiaf war einer der wenigen Überlebenden aus jener Gruppe, die am 01. November 1954 mit zahlreichen Sprengstoffanschlägen in Algerien den Befreiungskrieg gegen Frankreich begonnen hatte. Nach der Machtübernahme Ben Bellas und der Armee floh er ins marokkanische Exil. Von dort haben ihn die Putschisten zurückgeholt und zum Präsidenten des von ihnen geschaffenen *Hohen Staatskomitees* gemacht. Sehr schnell stellte sich heraus, dass Boudiaf nicht bereit war, dem neuen Regime nur als Galionsfigur zu dienen. Er betrieb die Gründung einer eigenen Partei, um sich selbst eine gewisse Unabhängigkeit vom Militär zu verschaffen, und – vor allem – er setzte Kommissionen ein, um den Sumpf aus Korruption und Pfründenwirtschaft, der Algeriens Ökonomie im Griff hatte, zu untersuchen und offen zu legen.

Sicherheitsdienstes bei einer öffentlichen Rede in Constantine erschossen. Sechs Tage später, am 05. Juli 1992, wurden westlich von Algier fünf Sicherheitsbeamte erschossen, die von Boudiaf mit der Ermittlung in Korruptionsaffären beauftragt waren (Rouadja 1994: 352-354, Labat 1995: 232f.).

Spätestens 1993 ging das Regime selbst zum aktiven Gegenterror über, indem der militärische Sicherheitsdienst Kommandos aufstellte, die ihrerseits die Bevölkerung terrorisierten. Eine dieser Organisationen, die schon 1994 wieder verschwunden ist, war die *Organisation des Jeunes Algériens Libres* (OJAL), die im Stil der aus Lateinamerika bekannten Todesschwadronen ganze Dörfer überfiel und deren männliche Einwohner massakrierte,⁵ oder aber als Rache für ermordete Frauen, die unversehrt auf die Straße gingen, die Ermordung von verschleierten Frauen ankündigte und solche Morde mit großer Wahrscheinlichkeit auch durchführte (Amnesty International 1995). 1993 traten erstmals die so genannten *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (*Groupes Islamiques Armés*, GIA) in Erscheinung (Ruf 1998b: 31-33). Diese Gruppen bekämpften einerseits die AIS, andererseits wurden sie immer wieder für zahlreiche Anschläge verantwortlich gemacht. Vor allem wird ihnen die systematische Massakrierung von Bewohnern ganzer Stadtviertel und Dörfer zugeschrieben. Wie aber, um nur das Beispiel Bentalha (September 1997) zu nennen, war es möglich, dass solche bewaffnete Gruppen sechs bis sieben Stunden lang ein Wohnviertel der Außenbezirke von Algier terrorisieren und mehrere hundert Menschen abschlachten konnten, ohne dass die Ordnungskräfte eingreifen, obwohl ein Polizeiposten und sogar eine Kaserne nur wenige hundert Meter entfernt sind? Wie konnten die Mörderbanden auf mehreren Lastkraftwagen anfahren und auf diesen wieder verschwinden, obwohl das Militär rund um die Stadt Straßensperren eingerichtet hatte (vor allem Yous 2000)?

Auch stellt sich die Frage, wie es möglich ist, dass die Terroristen, die offensichtlich immer und überall zuschlagen können, wo sie dies nur wollen, in dem nun eineinhalb Jahrzehnte dauernden Konflikt an keiner Stelle die Tausende von Kilometern Erdgas- und Erdölpipelines angegriffen haben, die die finanzielle Nabelschnur des Regimes darstellen? Vieles am Agieren der Terrorgruppen der GIA bleibt unklar und widerspricht elementaren Regeln des Guerillakrieges: Warum sollten die islamistischen Kommandos gerade die Teile der Bevölkerung massakrieren, die in den Vororten der Großstädte bei den Kommunalwahlen der Jahre 1990 und 1991 mit 80 % und mehr für die Islamisten gestimmt hatten? Völlig untypisch für terroristische Bewegungen ist, dass die GIA nirgendwo ein politisches Programm veröffentlicht haben. Wieso wurde nur höchst selten eines ihrer Mitglieder gefangen genommen, so dass seine Aussagen der Öffentlichkeit hätten präsentiert werden können? Die überwiegende Mehrheit wurde „im Kampf getötet“. Faire Prozesse sind ausgeschlossen. All dies wirft Fragen auf, die in der

⁵ Siehe hierzu die der FIS nahe stehende Dokumentation: Comité Algérie des Militants Libres de la Dignité Humaine et des Droits de l'Homme: Livre blanc sur la Répression en Algérie, 1995, insbes. S. 77-87. Der Vertrieb dieses Weißbuchs ist in Frankreich verboten. Vgl. auch Amnesty International (1995) sowie Samraoui (2003: 202-205).

herrschenden Berichterstattung keine Rolle zu spielen scheinen, weil sie die pauschalisierenden Klischees vom „Kampf der Kulturen“ in Frage stellen könnten.

Im September 1997 erklärte die Führung des bewaffneten Arms der *Islamischen Heilsfront* (*Armée Islamique du Salut*, AIS), einen einseitigen Waffenstillstand, der mit dem Geheimdienst DRS (*Département du Renseignement et de la Sécurité*) ausgehandelt worden war. Ab diesem Zeitpunkt ließen auch die Operationen der GIA nach. Im gleichen Zeitraum, genauer 1998, trat erstmalig eine von den GIA abgespaltete Splittergruppe namens GSPC (*Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat*) in der Kabylei, einem Gebirge rund 150 km östlich von Algier in Erscheinung.⁶

1999 verkündete der neu gewählte Präsident Abdelaziz Bouteflika ein „Gesetz der zivilen Eintracht“, das Terroristen, die keine Morde oder Vergewaltigungen begangen hatten, die Rückkehr ins zivile Leben ermöglichen sollte (Mellah 2006). Dieses Gesetz wurde 2005 gewissermaßen neu aufgelegt durch eine „Charta für den Frieden und nationale Versöhnung“. Dem Bürgerkrieg, dem seit 1992 über 200.000 Menschen zum Opfer gefallen waren, sollte damit ein Ende bereitet werden. Die Ergebnisse scheinen aber dürftig: Soweit überhaupt Informationen über die sehr undurchsichtige Anwendungspraxis des Gesetzes und der Charta zu finden sind, kann die Zahl der Bewaffneten, die sich nach dem zweiten Amnestie-Gesetz gestellt haben, auf etwa 300 geschätzt werden. Ihre Zahl nah dem Erlass des ersten Amnestie-Gesetzes dürfte erheblich höher gelegen haben, ist aber nicht bekannt. Dies legt die Vermutung nahe, das viele „Reumütige“ Agenten waren, die so ins zivile Leben zurückgeschleust wurden. Teil des Problems sind auch die „Verschwundenen“, die von Menschenrechtsorganisationen auf etwa 18.000 Personen geschätzt werden (L'Expression, 08. Dezember 2005), während seitens des Staates offiziell 6.147 Fälle registriert wurden (Amnesty International 2005).

Es lohnt sich daher, diese Charta im Detail zu studieren (Ruf 2006b), worauf an dieser Stelle leider verzichtet werden muss. Zwei wesentliche Elemente der Charta lassen den politischen Sinn dieser „Amnestie“ begreifen (République Algérienne Démocratique et Populaire 2006): Das erste betrifft die „Verschwundenen“: In seinem Bericht hatte der Vorsitzenden der staatlichen Untersuchungskommission, Farouk Ksentini, festgestellt, dass im Falle der offiziell gezählten 6.147 „Verschwundenen“ der Staat „verantwortlich aber nicht schuldig“ sei (Le Quotidien d'Oran, 02. April 2005). Der Staat bietet den Familien der Opfer Entschädigungen an. Entschädigungen erhalten genauso Angehörige der Armee, der Polizei oder der Staatsverwaltung, die „Opfer der nationalen Tragödie“ geworden waren. Das zweite Element ist Artikel 45 der Charta, der bestimmt: „Keinerlei Strafverfolgung kann

⁶ Der Begriff „Salafi“ verweist auf eine in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Jamal ed-Din al Afghani und Mohamed Abdouh gegründete und damals „reformerisch“ genannte Bewegung, die die Rückkehr zu den Quellen des Islam forderte und aus der schließlich die 1928 in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft hervorging. „Salafi Jihad“ ist der Begriff, der heute von den Sicherheitsdiensten und in manchen Arbeiten mit wissenschaftlichem Anstrich mehr oder weniger synonym mit dem Netzwerk al-Qa'eda verwendet wird (so auch von Knop 2005).

angestrengt werden gegen Angehörige der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der Republik. (...) Jede (...) Klage muss von den zuständigen Justizbehörden abgewiesen werden.“ Und Artikel 46 legt fest, dass Personen mit drei bis fünf Jahren Haft und hohen Geldbußen zu belegen sind, die „durch Erklärungen, Schriften oder andere Handlungen die Verletzungen der nationalen Tragödie (...) instrumentalisieren, um die Institutionen der algerischen demokratischen Volksrepublik zu verletzen, den Staat zu schädigen oder der Ehrenhaftigkeit seiner Vertreter zu schaden (...) oder das Ansehen Algeriens auf internationaler Ebene zu beschädigen.“ Die New York Times hat dieses „Amnestie-Gesetz“ treffend auf den Punkt gebracht, als sie am 28. Juni 2006 schrieb: „Die Opfer der nationalen Tragödie sind also genauso die Leute, die Kehlen durchgeschnitten haben, wie die Leute, deren Kehlen durchgeschnitten wurden.“

Das Problem besteht darin, dass die Fronten nie so klar waren, dass eine einfache Trennung in (böse) gewaltbereite Islamisten und (vielleicht bisweilen brutale, aber letztlich säkulare und gute) Militärs möglich wäre. Die Charta bestätigt mit ihren Regelungen voll und ganz die These, dass der Staat selbst in hohem Maße in terroristische Aktionen verwickelt war. Bleibt die Frage nach den Gründen: Der Verweis auf die fortdauernde Gewalt ermöglicht es, den 1992 verhängten Ausnahmezustand bis heute fortzusetzen. In seinem Schatten kann die errichtete parlamentarische Fassade keinerlei Kontrolle ausüben. Die herrschenden Clans können unkontrolliert ihre kriminellen Machenschaften im Kampf um die Aneignung der Rente fortsetzen. Um hiervon abzulenken, ist es ihnen gelungen, die Angst vor „dem Islam“ weiter zu schüren und zu hysterisieren, so dass vor allem im Ausland die Militärdiktatur als das kleinere Übel und zugleich als Bollwerk gegen eine Bedrohung erscheint (Faath 1992). Der von offizieller algerischer Seite immer wieder beschworene „Restterrorismus“ wird so innen- wie außenpolitisch funktional.

Das Verhältnis Algeriens zur EU und ihren Mitgliedstaaten wird allerdings immer wieder gestört durch die Misstöne, die Menschenrechtsorganisationen in das offizielle Konzert der Verständigung tragen. Vor allem die Forderungen des EU-Parlaments nach Einhaltung der Menschenrechte in Algerien, seine (relative) Unterstützung für die Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission, die Einrichtung eines Sonderprogramms der EU-Kommission zur Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen im Lande selbst (*European Initiative for Democracy and Human Rights*, EIDHR), die Veröffentlichung von Büchern, die detailliert die Verwicklungen des Militärs in die Massaker in Algerien schilderten, die Aufnahme von Ermittlungen gegen den früheren Oberkommandierenden der Armee, General Nezzar, durch die französische Staatsanwaltschaft usw. verunsichern die Machthaber in Algier: Seit der Verabschiedung des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs können sie vor Strafverfolgung nicht mehr sicher sein. Frankreich und Europa wurden für die Inhaber der realen Macht ein unberechenbares Terrain. Dies dürfte einer der Gründe sein, weshalb Algier seine politische Rückversicherung in Washington suchte.

Das Verhältnis Algeriens zu den USA

Bereits in den 70er Jahren waren US-amerikanische Firmen während der Phase der „industrialisierenden Industrien“⁷ massiv in das Geschäft mit Algerien eingestiegen. Zu Beginn der 80er Jahre wurde das Land in das amerikanische IMET-Programm (*International Military and Education Program*) des *US State Department* aufgenommen, primär um dadurch die enge militärische Zusammenarbeit des Landes mit der Sowjetunion zu lockern, aber auch um den algerischen Waffenmarkt für US-Produkte zu erschließen. Die Entwicklung gerade der wirtschaftlichen Beziehungen ist sehr anschaulich nachzulesen im wöchentlich erscheinenden *Middle East Economic Digest* (MEED), in dem neben Hintergrundartikeln über die Entwicklung der Ökonomien der einzelnen Länder auch Ausschreibungen, Verträge, die Bildung von Joint Ventures, Investitionen etc. aufgelistet sind. Hieraus ergibt sich, dass beispielsweise in den Jahren 1998-2000 rund 4 Mrd. US\$ von amerikanischen Firmen in Algerien investiert wurden – trotz der mehr als prekären Sicherheitslage. Etwa 90% dieser Investitionen konzentrierten sich auf den Kohlenwasserstoffsektor.

Der Staatsbesuch von Präsident Bouteflika im Juli 2001 in Washington stand ganz im Zeichen der Zusammenarbeit auf dem Energiesektor. Eine algerisch-amerikanische Handelskammer wurde gegründet, deren Ziel die Förderung der Industrie, der Kapitalinvestitionen sowie der Handels- und Finanzbeziehungen zwischen beiden Ländern ist (La Tribune, 14. Juli 2001). Die algerische Presse hob besonders das Treffen von Bouteflika mit dem Generaldirektor der Ölfirma Halliburton und dessen Vorgänger, US-Vizepräsident Cheney, hervor, mit dem sich Bouteflika schon im Vorjahr getroffen hatte. Ferner konferierte er mit Energieminister Spencer Abraham (La Tribune, 14. Juli 2001). Allein für das Jahr 2001 betragen die Investitionen der Firmen BP, Amoco, Arco, Amerada Hess, Anadarko, Burlington, Halliburton (MEED, 12. Januar 2001) 1,4 Mrd. US\$. Für die Zeit nach 2003 waren Investitionen von über 7 Mrd. US\$ geplant.

Weiter ausgebaut wurden diese Beziehungen anlässlich des Besuchs des algerischen Energieministers Chekib Khelil im Juli 2002 (Le Quotidien d’Oran, 24. Juli 2002). Chekib Khelil war in der zweiten Hälfte der 60er Jahre als Ingenieur für Shell und Philips Petroleum in den USA und von 1980 bis 1999 bei der Weltbank tätig. Seit 1999 ist er Energieminister. Bei seinem Besuch ging es offensichtlich um die Schaffung weiterer Joint Ventures zwischen dem algerischen Energiemonopolisten Sonatrach und US-Firmen. Konfliktpunkt bei diesen Verhandlungen war und ist immer wieder die Privatisierung des algerischen Konzerns, mit dem der Staat sich offensichtlich schwer tut, worauf jedoch die USA unterstützt vom IWF immer wieder drängen: So ist ein Privatisierungsgesetz seit

⁷ Dieses Konzept wurde entwickelt von dem französischen Wirtschaftswissenschaftler Gérard Destanne de Bernis. Es sah vor, auf der Basis der Kohlenwasserstoffe eine Stahl- und Chemieindustrie aufzubauen, die zwar selbst wenig arbeitsintensiv war, aber die Grundlage für die Entstehung arbeitsintensiver weiter verarbeitender Industrien bilden sollte.

langen Jahren in Vorbereitung, kommt aber offensichtlich nicht richtig voran. Grund hierfür dürften weniger ideologische Motive des Festhaltens an überkommenen sozialistischen Prinzipien sein als die Interessen der Machthaber, die Einnahmen aus der Kohlenwasserstoffrente so undurchsichtig wie möglich zu halten. Andererseits ist die Teilprivatisierung bestimmter Branchen der Sonatrach offensichtlich eine wichtige Einnahmequelle für Schmiergeldzahlungen an diejenigen, die im Hintergrund der „realen Macht“ Algeriens die Entscheidungen treffen. An diesen Konflikten entzündeten sich die hinter den Kulissen stattfindenden Kämpfe der politisch-militärischen Clans (Ouaissa 2005). Der Mangel an Demokratie und damit einhergehender Kontrolle ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von undurchsichtigen Transaktionen, wie dies der Jahresbericht 2002 von Transparency International unterstreicht (vgl. auch La Tribune, 14. Juli 2003).

Zentraler ökonomischer Akteur Algeriens ist die Sonatrach,⁸ die längst zum Global Player mutiert ist.⁹ Mit 120.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 32 Mrd. US\$ im Jahre 2005 ist sie mit Abstand die größte afrikanische Erdölgesellschaft.¹⁰ Die Produktion wuchs im Jahre 2005 um 5 %. Sonatrach belegt Rang sechs unter den wichtigsten Energie-Importeuren der USA (vor allem Flüssiggas); im internationalen Vergleich hält sie Platz zwölf unter den größten Gesellschaften. Ihre Schwerpunkte liegen in Prospektion und Forschung, Förderung, Transport, Verarbeitung und Vertrieb. Sonatrach ist weltweit der zweitgrößte Exporteur von Flüssiggas; die jährliche Produktion von Gas liegt bei 9 Mrd. Kubikmetern.

Die Gesellschaft steht für 95 % der Exporteinnahmen des Landes. Sonatrach erwirtschaftet also die gesamten Renteneinnahmen des Staates. Sie ist international verflochten in schier unzähligen Joint Ventures, darunter AMERADA HESS, ANADARKO und TOTALFINAELF. Pipelines führen Erdgas über Marokko und über Tunesien nach Europa. Eine Unterwasser-Pipeline durch das Mittelmeer ist in Planung genauso wie eine Gas-Pipeline von Oran in Algerien durch die Sahara nach Warri in Nigeria. Auch gelang es Sonatrach, sich Beteiligungen an einer russischen Erdölfirma zu sichern.¹¹ Mit der russischen Stroytransgaz wird seit 2005 ein gigantisches Pipeline-Netz gebaut.¹² Nicht zuletzt besitzt sie auch umfangreiche Verträge mit dem Irak zwecks Ausbaus der dortigen Erdölfelder.¹³ Zahlreiche Joint Ventures mit führenden US-Gesellschaften der Energie-Branche führen zu einer Angleichung der jeweiligen Interessen, wie die scheidende US-Botschafterin Janet

8 Vgl. <http://www.sonatrach-dz.com/> 26. Dezember 2006.

9 Vgl. <http://www.arabcomconsult.com/algeria2002/sonatrach.htm> 26. Dezember 2006.

10 Vgl. den Jahresbericht 2005 unter <http://www.sonatrach-dz.com/rap-2005uk.pdf> 26. Dezember 2006.

11 Vgl. http://www.africaintelligence.com/Identification/p_identification_articles.asp 26. Dezember 2003.

12 Vgl. <http://www.sonatrach-dz.com/rap-2005uk.pdf> 26. Dezember 2006.

13 Siehe die Vorlage des National Defense Oil Equity Act of 2003 für das US-Repräsentantenhaus vom 05. Februar 2003. <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/z?c108:H.R.585> 26. Dezember 2006.

Sanderson in Algier hervorhob (La Tribune, 18. Juni 2003). So ist es kein Zufall, dass Algerien auf der Liste jener Länder erscheint, denen der Präsident der USA Handelserleichterungen gewähren kann.¹⁴ Betrachtet man die politischen Verhältnisse, dann muten die Voraussetzungen für die Aufnahme in diese Liste geradezu zynisch an, doch nach Auffassung der US-Regierung werden sie von Algerien erfüllt:

- Marktwirtschaftliches System
- Rechtsstaatlichkeit
- Wirtschaftspolitik zur Reduzierung von Armut
- Kampf gegen Korruption und Bestechung
- Hohes Niveau des Umweltschutzes
- Keine Aktivitäten zur Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA
- Signatarstaat der Menschenrechtserklärung der UN
- Nichterwähnung auf der Liste der Staaten, die den Terrorismus fördern
- Nichtteilnahme an primärem, sekundärem oder tertiärem Wirtschaftsboykott gegen Israel

In der Tat hat die algerische Regierung während der letzten Jahre zum Nahostkonflikt eine demonstrative Zurückhaltung an den Tag gelegt, und die in den US-Medien immer wieder aufflammende Diskussion über ein mögliches Atomprogramm (La Tribune, 18. Juni 2003) Algeriens, das im Jahr 2000 dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten ist, scheint die Schönwetterlage der Beziehungen kaum zu stören.

Vor dem Hintergrund sich stetig intensivierender Wirtschaftsbeziehungen und einer wachsenden militärischen Zusammenarbeit gab der 11. September 2001 den amerikanisch-algerischen Beziehungen einen gewaltigen Schub: Unmittelbar nach den Anschlägen übergab Algier der US-Regierung eine Liste mit den Namen von 1.350 „Terroristen“ (Le Quotidien d’Oran, 18. September 2001). Auch die militärische Zusammenarbeit erhielt eine neue Dynamik: Im Januar 2002 fanden erstmals gemeinsame Manöver statt (Library of Congress 2002), und eine gemeinsame Sicherheitskommission zur Überwachung und Verfolgung bewaffneter islamischer Gruppen wurde gebildet. Das IMET-Programm wurde ausgeweitet, die Ausbildung algerischer Militärs in den USA und in US-Stützpunkten in Europa intensiviert und gemeinsame Manöver im Mittelmeer durchgeführt (El Watan, 05. November 2001 und 28. Februar 2001), die seither verstärkt andauern. Mit dem Besuch des algerischen Generalstabschefs Lamari und einer großen Militärdelegation Ende Februar 2002 im US-Hauptquartier für Europa in Stuttgart (El Watan, 28. Februar 2001) wurden die bilateralen Militärbeziehungen weiter gefestigt. Im Oktober 2002 erfolgte ein Gegenbesuch des stellvertretenden Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa (Le Quotidien d’Oran, 29. Oktober 2002). Resultat waren weitere gemeinsame Manöver der algerischen

14 Vgl. <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/F?c108:1:./temp/~c108XUtoZl:e4658> 26. Dezember 2006.

Marine mit der VI. US-Flotte vor allem aber die umfangreiche Lieferung von Militärausrüstung, insbesondere von Nachtsichtgeräten (Le Jeune Indépendant, 10. und 12. Dezember 2002).

Am 30. Juni 2003 hielt NATO-Generalsekretär Lord Robertson in London vor den diplomatischen Vertretern Algeriens, Ägyptens, Israels, Jordaniens, Mauretaniens, Marokkos und Tunesiens eine Rede zum Thema „NATO und Sicherheit im Mittelmeer: Praktische Schritte zur Partnerschaft“. Darin betonte er die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit, weil die NATO „politische und praktische Unterstützung seitens der Länder der Region benötige, da sie größere friedenserhaltende Operationen in ihrer Nachbarschaft vorbereitet.“¹⁵ Damit wird der lange von den USA und der NATO formulierte Wille deutlich, diesen Raum nicht der EU und ihrem Projekt einer mit ihr assoziierten Freihandelszone zu überlassen, sondern die militärische Sicherheit des Südufers des Mittelmeers in die Kompetenz der NATO zu nehmen.

Die Militärkooperation beider Länder in den Bereichen der Ausbildung, der Waffenlieferungen sowie der Manöver zu Land und zur See steigt von Jahr zu Jahr. Sie fügt sich hervorragend in das neo-konservative *Project for a New American Century* vom September 2000 ein, das sich kritisch mit der Außenpolitik der Clinton-Administration auseinandersetzt und gewissermaßen zum „Regierungsprogramm“ der Bush-Administration wurde. Programmatisch werden einleitend folgende „wesentliche Aufgaben“ der US-Außenpolitik formuliert:

„Amerikas globale Führungsaufgabe und seine Rolle als Garantmacht des derzeitigen Großmachtfriedens ruht auf der Sicherheit der amerikanischen Heimat (*homeland*), auf der Sicherung eines günstigen Machtgleichgewichts in Europa, dem Mittleren Osten und der umliegenden Energie produzierenden Region und Ostasien; sowie der allgemeinen Stabilität des internationalen Systems von Nationalstaaten gegenüber Terroristen, organisiertem Verbrechen und anderen ‚nichtstaatlichen Akteuren‘.“¹⁶

Die geheimdienstliche Produktion von Wissen und geostrategische Ziele

Mit Beginn des Krieges gegen den Irak intensivierte sich die Zusammenarbeit zwischen Algerien und Washington weiter. Hochrangige Besucher waren der Oberkommandierende der NATO und der US-Streitkräfte in Europa (El Watan, 19. Dezember 2005), Donald Rumsfeld, der am 12. Februar 2006 die algerische Hauptstadt besuchte (Liberté, 21. Februar 2006), und Dick Cheney (L'Expression, 16. April 2006). Zweck seines Besuches war, so Rumsfeld, „die Verstärkung unserer Militärbeziehungen und unserer Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismus-Bekämpfung.“ (Liberté, 21. Februar 2006). Entsprechend gilt im *US State Department* Algerien „als am besten platziert für US-Militärhilfe im Maghreb“ (Le

¹⁵ Vgl. <http://www.nato.int/docu/speech/2003/s030630a.htm>, 27. Dezember 2006.

¹⁶ Vgl. <http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>, S. 4, 27. Dezember 2006.

Jeune Indépendant, 01. März 2006, unter Verweis auf eine Ansprache des Direktors für die Abteilung Nordafrika, William Jordan, vor dem französischen *Institut Français des Relations Internationales*). Es ist nicht verwunderlich, dass Algerien im strategischen Denken der USA eine zentrale Rolle spielt: Seine 7.000 km umfassenden territorialen Grenzen und 1.200 km Küste machen das Land zu einem geo-strategisch prädestinierten Partner. Hinzu kommt die seit Jahren gepflegte und unter Bouteflika intensiviertere intensive Kooperation mit den USA im Bereich der „Terrorbekämpfung“. Spätestens seit 2004 finden zahlreiche, oft lange andauernde Manöver gemeinsam mit US-Truppen statt, die zumindest in der Nähe von Tamanrasset Stützpunkte unterhalten.

In diese Rahmenbedingungen fügt sich hervorragend das zeitgleich entstandene Szenario, demzufolge sich in der Sahara ein gefährlicher Terroristenherd entwickelt, ja dass dort mit höchster Wahrscheinlichkeit in Verbindung mit al-Qa'eda die Anschläge in Madrid vom 11. März 2004 geplant und vorbereitet worden seien, wie eine Studie der US-Air Force behauptet (Powell 2004). Ferner schickt diesem Artikel zufolge al-Qa'eda aus Verstecken in der Sahara Terroristen in den Irak. Den ersten „Beweis“ für eine al-Qa'eda-Präsenz in der Sahara lieferte der algerische Geheimdienst, als im Februar und März 2003 im tiefen Süden Algeriens einige Gruppen von Touristen gekidnappt wurden. Die Entführer waren prompt jene GSPC, die sich 1998 von den GIA abgespalten hatten, bis dahin bisweilen in der Kabylei erschienen waren und nun plötzlich rund Spätestens seit 2004 finden zahlreiche, oft lange andauernde Manöver gemeinsam mit US-Truppen statt, die zumindest in der Nähe von Tamanrasset Stützpunkte unterhalten 2.000 km weiter südlich in einem von den Touareg kontrollierten Gebiet diesen großen Coup gelandet hatten. Jeremy Keenan (2005) hat diese Angelegenheit minutiös untersucht und kommt zu dem Schluss, dass „die meisten, wenn nicht alle Aspekte dieses Gemäldes (...) falsch sind.“ (Keenan 2005: 623, ähnlich auch schon Mellah & Ruf 2003).

Keenan hebt die extrem widersprüchlichen und unhaltbaren Informationen hervor, die seitens der algerischen Behörden zu dieser Affäre verlautbart wurden. Seine wichtigsten, auf vielen Seiten ausgeführten Argumente lassen sich verkürzt folgendermaßen zusammenfassen:

- Laut Aussagen der Entführten gab es enge Kontakte zwischen den Entführern und der im Süden omnipräsenten algerischen Armee.
- Die Informationen aus Algerien bezüglich der Urheber, Ziele und Aktionen der Entführer blieben über Monate hinweg widersprüchlich.
- Algerien verhinderte deutsche Versuche, mittels der GSG 9 oder der KSK, wie auch des Einsatzes von Agenten des BND, das Geiseldrama zu lösen. Vor allem wurde der Einsatz deutscher Aufklärungsdrohnen verhindert.
- Die algerische Armee leistete massive logistische Unterstützung, da die Entführer ohne Treibstoff, der in dieser Region der ausschließlichen Kontrolle des Militärs unterliegt, niemals die weiten Strecken bis Mali, Niger und zurück hätten zurücklegen können – von der leichten Beobachtung der Gruppen aus der Luft mit den von den USA gelieferten Nachtsichtgeräten in weitgehend offenem und zum Teil flachem Terrain ganz abgesehen.

- Bei der „Befreiung“ verschwanden bis auf zwei oder drei alle Geiselnnehmer unverletzt.
- Die Führungsfigur Amari Saifi, genannt Abderrazak „El Para“, weil er in der algerischen Armee als Fallschirmjäger gedient hatte, ist mehr als undurchsichtig: Nicht nur wurde er bei der „Befreiung“ der Geiseln nicht gefasst, er wurde auch während der sieben Monate, während derer er von einer Widerstandsgruppe der Touareg im nördlichen Tschad festgehalten wurde, nicht nach Algerien ausgeliefert, obwohl die tschadischen Rebellen dies mehrfach anboten und zu diesem Zwecke eigens eine Delegation nach Algier schickten (Details in Mellah & Rivoire 2005). Problem- und folgenlos konnte er während seiner Gefangenschaft der Zeitschrift Paris-Match ein Photo-Interview geben. Schließlich wurde er von den Tuareg-Rebellen an Libyen überstellt und von dort im Oktober 2004 an die algerischen Behörden ausgeliefert (Liberté, 21. Februar 2006). In Algerien wurde er dann – in Abwesenheit! – zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt.
- Die Nachfolge „El Paras“, so die algerische Darstellung, hat inzwischen Mokhtar Belmokhtar angetreten, der gleichfalls in die Entführung der Touristen verwickelt gewesen sein soll. Belmokhtar ist ein Bandit, der große Teile der Schmuggelrouten in der Sahara kontrolliert, wo insbesondere Drogen, Waffen und Menschen gehandelt werden. Seine Beförderung zum religiösen Eiferer setzt schlicht auf die Naivität der Nachrichten-Konsumenten – oder auf die Erwartungen jener, die im „Krieg gegen den Terror“ Bedrohungsszenarien ausmalen.

Die ganze Affäre deutet darauf hin, dass der berüchtigte „El Para“ ebenso wie sein „Nachfolger“ Mokhtar Belmokhtar Agenten des algerischen Sicherheitsdienstes sind, und dass, wie Keenan schreibt (2005: 625), die behaupteten Verbindungen zu al-Qa'eda reine Konstrukte der algerischen Dienste sind. Diese Frage bliebe unerheblich, wenn diese Affäre nicht – erfolgreich – dazu gedient hätte, „Beweise“ für die Etablierung der GSPC und damit der al-Qa'eda in der Sahara zu erbringen, die seither in den einschlägigen Sicherheitskreisen wie auf deren Websites gebetsmühlenhaft wiederholt werden: Die GSPC erscheint auf der Homepage des *US State Department* als terroristische Organisation¹⁷ und dient als Begründung für den Ausbau der US-Militärpräsenz im saharischen und im Sahel-Raum. Dabei ist das Regime in Algier Zulieferer der Informationen und militärischer Junior-Partner zugleich. Mit Begeisterung wurde daher in Algier der Vorschlag des stellvertretenden Oberkommandierenden der US-Truppen in Europa, General Ward, aufgenommen, der die Errichtung eines geeinten Oberkommandos (*Africom*) zur Bekämpfung der GSPC ankündigte, da diese die Stabilität in der Region, vor allem in Algerien bedrohe (El Khabar, 16. Oktober 2006, und *Le Jeune Indépendant*, 23. Dezember 2006).

17 Vgl. <http://www.state.gov/s/ct/rls/fs/37191.htm>

Die inzwischen erreichte Dichte der Zusammenarbeit wird unterstrichen durch den Besuch des algerischen Außenministers Mohamed Bedjaoui in Washington im April 2006, bei dem dieser nicht müde wurde, auf die mehr als zehnjährige Erfahrung seines Landes in der Terrorismus-Bekämpfung zu verweisen, die nun endlich in ihrer Bedeutung für den Westen richtig eingeschätzt werde. Diese Kompetenz werde nun genutzt, wie die Beteiligung Algeriens an den Operationen *Active Endeavor* der NATO, der *Pan-Sahel Initiative* oder der *Operation Flintlock*¹⁸ zeigten. Der Koordinator der US-Geheimdienste, John Negroponte, beglückwünschte den algerischen Außenminister zu der „ausgezeichneten Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismus-Bekämpfung“ und zum Wert der geheimdienstlichen Informationen, die aus Algier an die CIA geliefert werden (Liberté, 15. April 2006). Die behauptete Bedrohung ist unverzichtbare Voraussetzung für die Verwirklichung der US-amerikanischen Pan-Sahel-Initiative, deren Volumen von 7 Mio. US\$ im Jahre 2003 dank der „Präsenz“ von al-Qa’eda auf 125 Mio. US\$ im Jahre 2004 erhöht wurde.

Zu dieser Inszenierung gehört die mediale Begleitung. Eine ausführliche Darstellung lieferte am 31. Januar 2006 Raffi Khatchadourian¹⁹ in einem langen Artikel der „Village Voice“²⁰ unter der Überschrift „Hunting the bin Laden of the Sahara“, der mit einem Foto von Amari Saifi alias Abderrazak „El Para“ aufgemacht ist. Kern der Story ist die Geschichte von den entführten Touristen. Die ohnehin problematische GSPC wird aufgebauscht zu einem gigantischen Unternehmen, das „eine hohe Zahl algerischer Militärs umgebracht hat. Sie gehört zu den tödlichsten Organisationen in der Welt, die in Europa und Nordamerika operiert und ihr Aktionsgebiet weiter nach Afrika ausweitet. Für das Defense Department wurden Saifis Aktivitäten die zentrale (...) Rechtfertigung für die Expansion der US-Militärpräsenz im Sahel.“

Die Inszenierung ist gespickt mit Berichten über wilde Verfolgungsjagden durch Mali, Niger und Südalgerien, die von Charles F. Wald organisiert wurden, dem bereits erwähnten Vier-Sterne-General und stellvertretenden Oberkommandierenden des EUCOM in Stuttgart, Vietnam-Kriegsveteran mit Kampferfahrung in Kambodscha, Laos, Irak und Bosnien. Hier lebt eine moderne „Karl-May-Story“ auf, in der mit Hilfe des *Global Positioning System* (GPS) Wasserlöcher geortet werden. Wo jedoch die Jihadisten den Treibstoff für ihre vierradgetriebenen Wüstenfahrzeuge hergenommen haben sollen, bleibt der Fantasie des Lesers

18 Im Juni 2005 fand unter dem Namen *Flintlock* ein dreiwöchiges gemeinsames Manöver der USA, Algeriens und vier weiterer Sahel-Staaten statt, an dem 800 US-Soldaten und 2.000 afrikanische Soldaten teilnahmen (Le Quotidien d’Oran, 02. Juli 2005). Ziel war es, den gemeinsamen antiterroristischen Kampf einzuüben. Bezeichnenderweise folgte dieses Manöver unmittelbar auf eine obskure Attacke gegen eine mauretanische Kaserne am 3. Juni, die gleichfalls der GSPC zugeschrieben wurde (Le Quotidien d’Oran, 21. Februar 2006).

19 Der Autor ist Journalist und hatte bis dahin einige Recherchen über die Ölvorräte im Kaspischen Becken durchgeführt. Für die Erarbeitung dieser Studie hatte er ein Visiting Fellowship an der Johns Hopkins University.

20 Vgl. <http://www.villagevoice.com/news/0605.khatchadourian.71993.6.html>

überlassen. Was als heldenhafter Zweikampf zwischen Gut und Böse – Wald gegen Saifi – dargestellt wird, endet nüchtern mit der Auslieferung „El Paras“ durch Libyen an Algerien und seiner dortigen Verurteilung zu lebenslanger Haft. Nicht verschweigen kann Khatchadourian, dass Algerien Details des Prozesses weiterhin geheim hält.

„Der terroristische Gürtel“ zieht sich nach der von Khatchadourian gelieferten Karte von Mauretanien über Mali, Niger und Tschad bis in den Sudan und Somalia. Der *Pan-Sahel-Initiative*, die mittlerweile auch *Trans-Saharan Counter-Terrorism Initiative* (TSCTI) genannt wird (L'Expression, 28. April 2006), gehören mittlerweile zehn Staaten an. In Djibouti, wo Frankreich noch immer eine Militärbasis unterhält, haben die USA bereits 2.000 Soldaten stationiert. Stützpunkte sind geplant bzw. schon im Aufbau in Senegal, Mali (Rühl 2006), Mauretanien, Niger, Tschad, Ghana, Marokko, Tunesien und Algerien. Teilweise werden sie auch durch private Militärfirmen errichtet. Die Ausbildung der afrikanischen Soldaten erfolgt in der Regel durch die *US-Special Forces*. Zumindest in Mali, Tschad und Mauretanien werden derzeit Erdöl- und Erdgasvorräte prospektiert bzw. erschlossen. Nigeria und Kamerun grenzen gleichfalls an die Sahel-Zone, Äquatorial-Guinea liegt unmittelbar vor der kamerunischen Küste. In dem Maße, in dem die Region energiepolitisch ins Interesse der Großmächte gerät, versuchen die USA nun, sich in den traditionellen Einflussgebieten Frankreichs als dominante Macht zu etablieren.

Fazit: „Wissensproduktion“ im Dienste realer Interessen

Die hier exemplarisch behandelte Story erfuhr ihre politische Aufwertung, als General George F. Wald vor dem ultra-konservativen *American Enterprise Institute* einen Vortrag über die „dijihadistische Gefahr“ im Sahel halten konnte. Dieser floss wohl unmittelbar ein in den *Country-Report on Terrorism*, Kap. 5: Afrika des *US State Departments*:²¹ Die GSPC wird gleich zwölf Mal erwähnt und die vorgenannte Geschichte verkürzt noch einmal erzählt. Eine Story voller Widersprüchen, die vom algerischen Geheimdienst in die Welt gesetzt wurde, wird ohne Überprüfung übernommen, geglättet und zu „Erkenntnissen“ für die Außen- und Sicherheitspolitik transformiert. Doch es sind nicht nur die auf „Ermittlungserfolge“ angewiesenen Geheimdienste und liebedienerische und sensationslüsterne Medien, die solche „Erkenntnisse“ verbreiten: Auch „wissenschaftliche“ Arbeiten übernehmen unreflektiert und unkontrolliert die Informationen von den Homepages der Dienste oder aus Interviews mit Personen, die eng mit ihnen verbunden sind. Sie „waschen“ problematisches Wissen aus obskuren Quellen und führen es – gewissermaßen „objektiviert“ – in den wissenschaftlichen Diskurs ein (von Knop 2005), von wo es im Zitierkarussell wieder an politische Entscheider zurückgereicht

21 Vgl. <http://www.state.gov/s/ct/rls/crt/c17689.htm>. 28. Dezember 2006.

werden kann. All dies geschieht, obwohl zeitgleich ein Krieg mit den erlogenen Behauptungen über die Massenvernichtungswaffen des Irak begründet worden ist.

In Wirklichkeit dient die afrikanische Front im „Krieg gegen den Terror“ dazu, durch eine US-amerikanische Militärpräsenz die Energiezufuhr in die USA zu sichern und zugleich die Kontrolle über jene Ressourcen sicherzustellen, die ihre ökonomischen Konkurrenten in Europa ebenfalls benötigen. So passt es in diese Strategie, wenn der Sprecher des Pentagon, Joe Carpenter, erklärt: „Die Aktionen der Eurokorps haben ihre Grenzen gezeigt in ihren Unternehmungen in den subsaharischen Gebieten, wo die islamistischen Gruppen ihre Stützpunkte eingerichtet haben“ (Le Jeune Indépendant, 23. Dezember 2006 unter Verweis auf einen Bericht des Boston Globe). Also müssen hier die USA handeln, denn es wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2015 rund 25% der Kohlenwasserstoffexporte aus dieser Region in die USA gehen werden. Die Bemühungen der Europäer, ihre Gaszufuhr zu diversifizieren, die angesichts der russischen Lieferpolitik als zwingend notwendig propagiert wird, verschärft die Konkurrenz zwischen den industriellen Blöcken, auch und gerade in den Produktionszonen der Energieträger. Um diesen Wettlauf zu gewinnen, bedarf es zuverlässiger Partner vor Ort, und Algerien präsentiert sich hier den USA als zuverlässiger Partner, der aufgrund seiner geografischen Lage, seiner militärischen Kompetenz und seiner politischen Verlässlichkeit wie seines erbarmungslosen „Kampfes gegen den Terrorismus“ unschätzbare Vorteile zu bieten scheint. Gegenüber solchen „realpolitischen“ Tatsachen spielen weder Menschenrechte eine Rolle, noch kommt es darauf an, dass die den politischen Entscheidungen zugrunde liegenden Informationen stichhaltig sind. Wichtiger ist, dass sie ein gewünschtes Lagebild untermalen, das eine zuvor beschlossene Politik zu legitimieren vermag.

Die hier angerissenen ordnungspolitischen (das heißt politisch-ökonomischen) Vorstellungen der USA reimen sich auf die Pläne, nach dem Krieg gegen den Irak ihre in und um Europa stationierten Truppen umzugruppieren und zur Sicherung der Ölfelder im Rahmen der geplanten „Restrukturierung des Mittleren Ostens“ weiter „nach vorn“ zu verlegen, und dem „Greater Middle East“ eine Definition zugrunde zu legen, die sich für Vordenker konservativer US-Außenpolitik wie Asmus & Pollack (2002: 1459) schon vor dem Irak-Krieg „von Nordafrika bis Pakistan“ erstreckte.

Literatur

Aggoun, Lounis und Jean-Baptiste Rivoire 2004: *Françalgérie. Crimes et mensonges d'États*, (Paris: La Découverte).

Altwater, Elmar 2006: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*, (Münster: Westfälisches Dampfboot, 2. Auflage).

Amnesty International 2005: *Index AI: MDE*, 28. Mai 2005.

Amnesty International 1995: *ai-Index MDE*, London, 28. Februar 1995.

- Asmus, Ronald D. und Kenneth M. Pollack 2002: „Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt“ in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12, S. 1457-1466.
- Berndt, Michael und Ingrid El Masry (Hrsg.) 2003: *Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt*, Festschrift für Werner Ruf, (Kassel: Jenior).
- Bundesministerium der Verteidigung 2006: *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, (Berlin: BMV, Online-Fassung).
- Comité Algérien des Militants Libres de la Dignité Humaine et des Droits de l'Homme 1995: *Livre blanc sur la Répression en Algérie, 1991-1994*, (Plan-les-Ouates: Hoggar Print S.A).
- Congress Research Service 2005: *Africa: U.S. Foreign Assistance Issues*, May 10, 2005, Order Code IB95052.
- European Union Institute for Security Studies 2003: *European Security Strategy*, (Paris: EU).
- Faath, Sigrid 1992: „Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie?“ in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 3, S. 281-289.
- Hafez, Kai und Carola Richter 2007: *Das Gewalt- und Konfliktbild des Islams bei ARD und ZDF. Eine Untersuchung öffentlich-rechtlicher Magazin- und Talksendungen*, (Universität Erfurt).
- Hasel, Thomas 2002: *Machkonflikt in Algerien*, (Berlin: Schiller).
- Keenan, Jeremy 2006: „The Collapse of the Second Front“ in: *Foreign Policy in Focus*, 26. September 2006, (<http://www.fpif.org/fpifxt/3544>).
- Keenan, Jeremy 2005: „Waging War on Terror: The Implications of America's ‚New Imperialism‘ for Saharan Peoples“ in: *Journal of North African Studies*, Bd. 10, Nr. 3-4, S. 619-647.
- Khatchadourian, Raffi 2006: „Pursuing Terrorists in the Great Desert. The U.S. Military's \$ 500 Million Gamble to Prevent the Next Afghanistan“ in: *The Village Voice*, 31. Januar 2006, (<http://www.villagevoice.com/news/0605,khatchadourian,%2071993,6.html>).
- Labat, Séverine 1995: *Les Islamistes Algériens*, (Paris: Seuil).
- Library of Congress 2002: *Report for Congress*, Order Cod RL31152, updated July 11.
- Mellah, Salima 2006: „Eine Lüge namens ‚Versöhnung‘“ in: *INAMO*, Nr. 48, S. 31-32.
- Mellah, Salima 2003a: „GIA: 10 Jahre im Dienste der algerischen Sécurité militaire?“ in: *INAMO*, Nr. 34, S. 53-54.
- Mellah, Salima 2003b: „Algerien 11 Jahre nach dem Putsch“ in: Berndt, Michael und Ingrid El Masry (Hrsg.): *Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt*, Festschrift für Werner Ruf, (Kassel: Jenior), S. 31-43.
- Mellah, Salima und Jean-Baptiste Rivoire 2005: „El Para, the Maghrebs Bin Laden“ in: *Le Monde Diplomatique*, English Edition, Februar 2005.
- Mellah, Salima und Werner Ruf 2003: „Entführungen in der Sahara: Fragen und Hypothesen“ in: *Algeria-Watch*, 2. Juni 2003 (http://www.algeria-watch.org/de/artikel/touristen/mellah_ruf.htm).
- Noelle, Elisabeth und Thomas Petersen 2006: „Eine fremde bedrohliche Welt. Die Einstellungen der Deutschen zum Islam“ in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Mai 2006, S. 5.
- Ouassa, Rachid 2005: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt. Struktur, Entwicklung und Aufbau der Staatsklasse am Beispiel Algerien*, (Münster: Lit Verlag).
- Powell, Stewart M. 2004: „Swamp of terror in the Sahara“ in: *Air Force Magazine*, Bd. 87, Nr. 11, (<http://www.afa.org/magazine/nov2004/1104sahara.html>).
- République Algérienne Démocratique et Populaire 2006: *Journal Officiel du 28 février*.
- Romain, Bertrand 2006: *Mémoires d'empire. La controverse autour du ‚fait colonial‘*, (Paris: éd. Du Croquant).

- Rouadjia, Ahmed 1994: *Grandeur et décadence de l'Etat algérien*, (Paris: Karthala).
- Ruf, Werner 2006a: „Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir“ in: UTOPIEKreativ, Nr. 135, S. 222- 228.
- Ruf, Werner 2006b (im Druck): „Mémoire et Justice“ in: Actes du Colloque „Pour une histoire critique et citoyenne. Le cas de l'histoire franco-algérienne,“ Lyon 2006.
- Ruf, Werner 1998a: „Demokratie in der arabischen Welt - Ein Widerspruch in sich selbst?“ in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 9, S. 228-231.
- Ruf, Werner 1998b: „Algerien zwischen westlicher Demokratie und Fundamentalismus?“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/98, S. 27-38.
- Ruf, Werner 1997: *Die algerische Tragödie. Vom Zerschneiden des Staates einer zerrissenen Gesellschaft*. (Münster, agenda).
- Rühl, Bettina 2006: „Hinter Timbuktu. Eine Spurensuche nach Al Quaida“ Rundfunk-Feature. SWR, 07. Juni 2006, WDR 11. und 12. Juni 2006.
- Samraoui, Mohamed 2003: *Chronique des Années de Sang*, (Paris: Denoel).
- Schmitt, Thomas 2006: „Spekulieren auf die Zeit ohne Öl“ in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20. Dezember 2006, S. 58.
- Souaidia, Habib 2001: *La sale guerre*, (Paris: La Découverte).
- Von Knop, Katharina 2005: „Die Verwundbarkeit der westlichen Staaten gegenüber dem globalen Salafi Jihad“ in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): *Der Krieg der Armen? Der internationale Terrorismus in der Neuen Weltordnung*, (Münster: agenda), S. 27-43.
- Yous, Nesroullah 2000: *Qui a tué à Benthalha?* (Paris: La Découverte).
- Zumach, Andreas 2005: *Die kommenden Kriege*, (Köln: Kiepenheuer & Witsch).

Zeitungen und Periodika

- Amnesty International: Annual Report, London.
- El Khabar, Algier.
- El Watan, Algier.
- La Tribune, Algier.
- Le Jeune Indépendant, Algier.
- Le Monde, Paris.
- Le Quotidien d'Oran, Oran.
- Libération, Paris.
- L'Expression, Algier.
- Middle East Economic Digest (MEED), wöchentlich.
- New York Times, New York.
- Transparency International: Jahresberichte.